

Die „Volkswacht“
erscheint täglich Nachmittags außer
Sonntagen und in den Feiertagen
in der Stadt, in den Provinzen, in
den Eisenbahnen und in den
Kriegsgegenden zu beziehen.
Preis 10 Pfennige.
Verlagsgesellschaft v. M. S. S. O.,
Postfach 29 91.
Verlagsgesellschaft v. M. S. S. O.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werththätige Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“.

Infektionsgefahr
beruht für die einseitige
Beizung oder deren Mangel
20 Pfennige für Preisen und
Beizungsmittel
10 Pfennige.
Interesse für die nächste Zukunft
müssen die Beizungsmittel in der
Beizung abgeben werden.

Nr. 31.

Donnerabend, den 6. Februar 1897.

8. Jahrgang.

Der Kampf gegen das Proletariat.

Die „Zeit“ veröffentlicht einen schon längst gesuchten, jetzt wiedergefundenen Aufsatz von Karl Marx aus dem Jahre 1844. Wie Alles, was aus der Feder unseres Marx kam, und mag es noch so weit zurückliegen und aus welcher Veranlassung auch geschrieben worden sein, so trägt auch diese Schrift zur Klärung und Vertiefung unserer Auffassung der Klassengegenstände und der politischen Entwicklung bei. Wir müssen es uns versagen, die ganze Abhandlung, deren Schluß übrigens noch nicht abgedruckt ist, hier wiederzugeben. Das ist für ein größeres Publikum, das die theoretischen Kämpfe während der 40er Jahre innerhalb der deutschen bürgerlichen Ideologie, der durch die herannahende Revolution wachgerüttelten „Intelligenz“, der ja auch Marx und Engels entstammten, nicht kennt, doch nicht interessant genug. Einzelne Stellen aber, die zum Theil sogar eine Neuanwendung auf die jetzigen Zustände erlauben, werden unsere Leser sicher erfreuen.

Karl Marx polemisiert in der erwähnten Schrift gegen Arnold Ruge aus Anlaß der vom preussischen König über den schlesischen Weberaufstand erlassenen Cabinetsordre. Der König hat sich in dieser Cabinetsordre, wie schon so mancher preussische König, als Freund der Armen und der Arbeiter ausgesprochen. Arnold Ruge behauptete u. A. in seinem Aufsatz, es sei nicht denkbar, daß der König „aus Schrecken“ vor den Webern diese Ordre erlassen habe, weil ja der Aufstand leicht unterdrückt wurde. Und nun verbreitet sich bei dieser Gelegenheit Marx folgenmaßen überhaupt über das Verhältnis zwischen dem preussischen König und der Bourgeoisie:

„Aus dem allgemeinen Verhältnis der Politik zu sozialen Gebrechen werden wir erklären, warum der Weberaufstand dem Könige keinen sonderlichen „Schrecken“ einflößen konnte. Vorläufig nur so viel: der Aufstand war nicht unmittelbar gegen den König von Preußen, er war gegen die Bourgeoisie gerichtet. Als Aristokrat und absoluter Monarch kann der König von Preußen die Bourgeoisie nicht lieben; er kann noch weniger darüber erschrecken, wenn ihre Unterwürfigkeit und ihre Ohnmacht durch ein gespanntes und schwieriges Verhältnis zum Proletariat gesteigert wird. Ferner: der orthodoxe Katholik steht dem orthodoxen Protestanten feindlicher gegenüber als dem Atheisten, wie der Legitimist dem Liberalen feindlicher gegenübersteht, als dem Communisten. Nicht weil Atheist und Communist dem Katholiken und Legitimisten verwandter, sondern weil sie ihm entfremdeter sind als der Protestant und der Liberale, weil sie außerhalb seines Kreises stehen. Der König von Preußen, als Politiker, hat seinen unmittelbaren Gegenstand in der Politik in dem Liberalismus. Für den König existirt der Gegensatz des Proletariats ebensowenig, wie der König für das Proletariat existirt. Das Proletariat mußte schon eine entschiedene Macht erlangt haben, um die Antipathien, die politischen Gegenstände zu ersticken und um die ganze Feindschaft der Politik gegen sich zu lenken. Endlich: dem bekannnten, nach Interessantem und Bedeutendem lüsternden Charakter des Königs mußte es sogar eine freudig aufregende Ueberraschung gewähren, jenen „interessanten“ und „vielberufenen“ Pauperismus auf eigenem Grund und Boden und damit eine Gelegen-

heit zu finden, aufs Neue von sich reden zu machen. Wie wohligh mag ihm gewesen sein bei der Nachricht, nummehr einen „eigenen“ königlichen preussischen Pauperismus zu besitzen!“

Seitdem dies geschrieben, ist das eingetreten, was Marx als Voraussetzung zu einer Frontänderung der Parteien annimmt: das Proletariat ist bereits eine „entschiedene Macht“ geworden, und so sehen wir, wie thatsächlich alle Gegensätze zwischen liberal und conservativ „ersticken“, wenn es einen Kampf gegen die Socialdemokratie gibt, welche „die ganze Feindschaft der Politik“ gegen sich lenkt, und obwohl auch das constitutionelle preussische Königthum noch keineswegs mit jenen Traditionen völlig gebrochen hat, so sehen wir doch, wie die gesammte Klasse der Besitzenden, Agrarier wie Industrielle, vom Wunsch erfüllt ist, sich um den König als den Rufer im Streit gegen die Socialdemokratie zu sammeln. Soll uns Socialisten jetzt davor hange werden, da der Begründer des wissenschaftlichen Socialismus es bereits vor mehr als einem halben Jahrhundert vorausgesehen hat? Uns kann nichts aus der Fassung bringen: wir folgen der Entwicklung, die uns zum Ziele führt! —

Politische Rundschau.

— Essener Meineidsproceß. Der Wiederaufnahmeantrag in Sachen Schröder u. Gen. ist vom Landgericht Essen zugelassen und eine erweiterte Beweiserhebung angeordnet worden.

— Fürst Bismarck, der sich nie im Herrenhause bliden läßt, erinnert sich gleichwohl seines Mandates. Er hat dem Herrenhause ergebenst mitgetheilt, daß er dem von der wirtschaftlichen Vereinigung des hohen Hauses angenommenen Antrag des Grafen v. Frankenberg (betr. Margarine) beitrete. — Dadurch wird die Margarine, vor der sich die Agrarier so sehr fürchten, obwohl sie sie notorisch vielfach „ihren Leuten“ geben, nicht schlechter.

— Freiherr von Manteuffel hat den Vorsitz in der conservativen Parteileitung niedergelegt. Er begründete diesen Schritt mit den vielen Geschäften, die er als Landesdirector von Brandenburg zu erledigen habe. Die Aufgabe ließe sich hören, wenn Herr von Manteuffel früher nicht noch mehr Aemter in seiner Hand vereinigt hätte, und wenn man sich nicht der letzter conservativen Delegirtenversammlung erinnerte. Kurz nach ihr zog die „Consero. Correspondenz“ gegen die Blöße gar nicht übel vom Leber, und es hatte die den Anschein, als wollten die in Amt und Würden stehenden Conservativen die ärgsten Schrei-Agrarier von sich schütteln. Verklärt wurde diese Vermuthung durch die Stellung, die der Oberste der Conservativen, eben dieser Freiherr von Manteuffel, gegen den Budapester internationalen Landwirtschafts-Congress genommen hatte. Er war eingeladen worden, hatte aber dankend abgelehnt. Das mußte die Blöthlinge verächneln. Und als nun gar die „Conj. Corr.“ ihre ganze Liebenswürdigkeit zum Besten gab, da mußten sie, wie viel es geschlagen. Seit dieser Zeit tobte hinter den Coulissen der Kampf um die Macht. Wer den Sieg erringen wird, ob die Agrarier, ob die Hof-Conservativen, ist zur Stunde noch nicht ausgemacht. Vor der Hand scheint auf beiden Seiten noch das Bedürfnis vorzuliegen, den Widerstreit der Interessen nicht allzu grell hervortreten zu lassen. Aber ein Sündenbock mußte geschlachtet werden. Und das war der Herr von Manteuffel. Das der Streit noch nicht entschieden ist, geht schon aus der Wahl des

Nachfolgers hervor. Der Vorsitz in der Parteileitung wurde dem ehemaligen Reichstags-Präsidenten v. Levetzow übertragen. Der Mann steht beiden Richtungen der Partei gleich nahe, besitzt ein conciliantes Wesen, ist schon Excellenz und braucht nicht mehr zu „streben“. Er ist heute der Rothnagel. Verschwimmt er, dann hat sich der Charakter der conservativen Partei abermals geändert. Nach v. Hellborn Herr v. Manteuffel, nach diesem v. Levetzow, nach Levetzow? — Wir hätten ger nichts dagegen, wenn wir Herrn v. Mitz bald — gratuliren könnten.

— Die Steuerzahler haben's ja dazu. 120,000 Mk. sind in Berlin für die Centennarfeier allein zur Ausschmückung der „Feststraße“ (Schloßfreiheit und ein Theil der Straße Unter den Linden) von der städtischen Deputation bewilligt worden. Der „Volk-Zeitung“ zufolge beabsichtigt man, diese Ausgabe noch auf das Doppelte zu erhöhen. Die früher in Aussicht genommene Spelung von Veteranen auf städtische Kosten ist aufgegeben worden. Dachten die Stadtväter an die Katastrophen auf dem Chobinskyfelde oder hegten sie die Befürchtung, daß die Berliner Bevölkerung über den communalen Schweinebraten mit Backpflaumen gar zu schnodderige Witze reizen würde? In einem Bericht aus dem Rathhause wird noch besonders die schon neulich gemeldete Absicht betont, den städtischen Arbeitern in den Tagen des 21. bis 23. März — warum nicht schon am 18. März? — einen freien Tag ohne Lohnabzug zu gewähren. Da man diese Maßnahme anscheinend als eine besondere Großthat ausposaunen will, so sei darauf hingewiesen, daß die Stadt einfach gesetzlich verpflichtet ist, den Arbeitern den Lohn für den Tag zu zahlen, den sie ohne Verschulden feiern müssen.

— Ein Schachergeschäft zwischen der „Freisinnigen Vereinigung“ und der „Freisinnigen Volkspartei“ ist nun zu Stande gekommen, indem sich die „Vereinigung“ bereit erklärt hat, etwas von ihrem Bestände an die „Volkspartei“ abzugeben, wenn letztere einem gemeinsamen Borsgehen in den übrigen Wahlkreisen zustimme. In der Antwort der „Freisinnigen Vereinigung“ an Richter heißt es u. a.:

„Wir sind bei unserem Vorschlage von der Anschauung ausgegangen, daß, um eine allgemeine kräftige liberale Wahlbewegung einzuleiten, so früh wie irgend möglich die Gemüther geoben werden muß, daß alle entschiedenen liberalen Elemente der Bevölkerung geschlossen in den Wahlkampf gehen und daß eine gegenseitige Bekämpfung vermieden wird. Wir fürchten, daß in Folge der Ablehnung in einer Reihe von Wahlkreisen Conflict ausbrechen werden, deren Resultat der Verlust dieser Wahlkreise für beide freisinnige Richtungen sein wird. Es liegt ferner auf der Hand, daß solche Conflict auch weit über die einzelnen Wahlkreise, in denen sie ausgefochten werden, hinaus das Zusammenwirken der liberalen Elemente bei den Wahlen erschweren. Den „selbstständigen und freien Entschlüssen der Wählerkreise“ wäre durch eine „Empfehlung“ der Einigung ein unzulässiger Zwang nicht angethan worden. Daß es der politischen Einsicht der Wählerkreise überlassen bleiben muß, die Candidatenfrage zu lösen, war immer und ist auch heute unsere Ueberzeugung. Die freisinnigen Wählerkreise werden nunmehr selbstständig vorgehen müssen, um den Zusammenbruch aller der Reaction feindlichen Kräfte ihrerseits in den einzelnen Wahlkreisen herbeizuführen.“

Richter antwortet darauf, daß, da die „Vereinigung“ den allgemeinen Fractonsbestehand habe fallen lassen, die Möglichkeit nun gegeben sei, über eine Cooperation „in den dazu geeigneten Landestheilen“ zu verhandeln. Auch erklärt sich Eugen nun bereit, seine Schicksal nach dieser Richtung hin zu bearbeiten. Am Schluß des Schreibens heißt es aber:

„In Betreff der Freisinnigen Vereinigung ist es unser Wunsch, Sie ersuchen darauf aufmerksam zu machen, daß die von Ihnen entgegen dem Fortkommen gewählte Deffen-

Ein Verrückter.

Kampf und Ende eines Lehrers.

Von Josef Ruederer.

311

Nachdruck verboten.

Aber auch als Wigbold verstand er eine Rolle zu spielen. Er war bei seinen Vorgesetzten und in ganz Mariastädten ungemein beliebt, weil er gut Zither spielte und je nach der Stimmung und der Gesellschaft, in der er sich befand, auch Schnadahüpfeln und sonstige Scherze mit Humor vorzutragen verstand. Kam der „Baptist“, so nannten ihn allenthalben seine zahlreichen Freunde, in ein besser besuchtes Gasthaus der Umgegend, so wurde er mit lautem Halloß empfangen, denn nun mußte man, daß es heute Abend noch einen Heidenfretkafel geben mußte.

In seinem Forsthaus war es ihm viel zu einsam. Alle Abende, selbst im strengsten Winter und bei greulichstem Wetter, schaute er nicht den Weg nach dem Dorfe Wallberg, das eine Stunde vom Forsthaus entfernt war, und kniepte dort bis in die tiefste Nacht.

Heute nun schien er ganz besonderer Stimmung zu sein. Er lachte still vor sich hin, hob dann wieder den großen Strauß von Palmensäcken, Leberblümchen und Primeln, den er in der Linken trug, unter die breite Nase und blähte dabei die Nüstern. Auch den Taschensammler hatte er nicht vergessen und brachte ihn in eine eifrige Verwendung, ehe er das Dorf betrat.

Nachdem er Toilette gemacht hatte, mit der er es diesmal besonders genau nahm, ging er auf einem Seitenwege zu dem ersten Hause und stampfte auf der großen Steinplatte vor dem Eingang den Schnee und das Wasser von seinen Stiefeln.

Poiten's Gesicht war es, in das er eintrat, um zur Kantentube zu gehen. Er fand Kreitmayer bei den

Bauern und bedeutete den Beiden, sie möchten ruhig sitzen bleiben.

„Wie geht's, Poiten?“ fragte er und ließ sich auf einen Stuhl nieder.

Der Kranke hob die Hand und ließ sie matt wieder herabfallen.

„O mei, Herr Förster! Wie geht's. Schlecht geht's. Alleweil no koa Besserung.“ Er schüttelte den Kopf. „Des werd a nimmer.“

„Oho, oho“, lachte Göpfert, „war net übel!“

„Na, des werd nimmer“, sagte der Bauer, „jest liegt i sieben Monat icho so do!“

„No ja, deswegen darf ma no lang net verzweifeln, gelt Kreitmayer?“

Der Wirth hatte mit Verwunderung den Strauß betrachtet, den der Förster in der Hand hielt. Jetzt fuhr er zusammen:

„Frei! net! Der Poiten braucht keine Angst z' haben, i sag's ihm jeden Tag! All's muß wieder gut werd'n, schon deswegen, weil er so gottergeben und gebulbig is. Schauen's her, Herr Förster: Is er net im August durch eine wunderbare Fügung Gottes noch gerettet worden?“

„Verfieht si“, meinte der Förster und fragte sich in der Hütte.

Müde blickte der Kranke vom Lehnstuhl zu ihm.

„Des is so freundli“, sagte er, „daß E' mi wieder b'juach'n.“

„Is scho recht, Alter.“

Eine kleine Pause trat ein. Der Wirth sah nach der Decke, wie immer, wenn er nicht wußte, was er anfangen sollte, den Kranke stierte auf seine abgemagerten Hände und Göpfert pustete an dem weißen Bindfaden, der die Blumen zusammenhielt. Endlich stand der Förster auf und warf seinen Hut lässig zu Boden, während er sich räuderte:

„Poiten“, sagte er, „i bin kommen, um mit Dir was z'reden und zwar was wichtig's.“

„Soll i vielleicht 'nausgehen, Herr Förster?“ fragte leise der Wirth.

„D na, was i z'sagen hab, des kann a jedes hör'n, des is nir hoamliches und in a Stund da is ja eh scho im ganzen Dorf bekannt. Also no amal, Poiten!“ Er hob weit die colossale Brust heraus: „i halt um Dei Tochter, um die Kathi an!“

Mäuschenstill war's im Zimmer. Der Bauer schien nicht ganz recht verstanden zu haben. Er glökte mit weit aufgerissenen Augen den Wirth an, der ihm mit freudestrahlendem Gesichte zunickte und viel ungeduldiger auf die Antwort zu warten schien, als der siegesgewisse Göpfert. Dieser mußte über die Unbeholfenheit des Kranken lächeln. Der Bauer konnte eben sein Glück noch nicht fassen und war zu unvorbereitet.

„Red' doch, red' doch!“ wisperte Kreitmayer und sah Poiten an.

Der Kranke kam langsam zu sich.

„Ja, mein Herr Förster“, hub er zögernd an, „Sie wollen die Kathi heirathen?“

„Natürli“, schmunzelte Göpfert, „muacht Di aber net so aufregen deswegen.“

Poiten langte nach seinem Kopfe:

„Des geht aber net, Herr Förster, des geht net, absolut net“, stotterte er.

Wenn die Decke eingefallen wäre, so hätte es Göpfert nicht so aus aller Fassung gebracht, wie dieses „es geht net, Herr Förster“, das er erst mechanisch laut wiederholte, während er mit aufsteigender Wuth zu dem Bauer herabblitzte.

„Es geht net?“ schrie er jetzt, daß die Fenster klirren.

„Warum net? Des will i wissen!“

(Fortsetzung folgt.)

Deutscher Reichstag.

168. Sitzung vom 5. Februar, 1 Uhr.

Die zweite Beratung des Reichshaushaltsplans wird fortgesetzt. Die zweite Beratung des Reichshaushaltsplans wird fortgesetzt. Die zweite Beratung des Reichshaushaltsplans wird fortgesetzt.

Antrag A n d e r (fr. Bp.) und Genossen: Der Reichstag wolle beschließen, den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, das preussische Staatsministerium zu veranlassen, Vorkehrungen zu treffen, welche öffentliche Verdächtigungen der obersten Reichsbehörden durch Organe der königlich preussischen politischen Polizei, wie sie im Proceß Ledert-Vögow zu Tage getreten sind, für die Zukunft ausschließen.

Antrag Dr. B a r t h (fr. Bg.) und Genossen: Der Reichstag wolle beschließen, den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dem Reichstage bald thunlichst eine Denkschrift über die erkennbaren volkswirtschaftlichen Wirkungen der seit 1892 beziehungsweise 1894 zwischen dem Deutschen Reiche einerseits und Oesterreich-Ungarn, Italien, Belgien, der Schweiz, Serbien, Rumänien und Rußland andererseits bestehenden Handelsverträge vorzulegen.

Abg. v. R o m i e r o w s k i (Pole) bezeichnet das Vorgehen gegen die Polen als um so verhängnisvoller, als es von den Regierungen ausgeht, die die Polen im Vertrauen auf die kaiserliche Hofschaff nach Kräften unterstützt hätten.

Reichskanzler Fürst zu H o h e n l o h e: Die sogenannte polnische Frage ist innerhalb Deutschlands eine spezifisch preussische, deren Erörterung nicht in den Reichstag gehört. Die Vertreter der betreffenden Provinzen haben Gelegenheit, ihre Beschwerden im Landtage vorzubringen. Sie haben von dieser Gelegenheit häufig Gebrauch gemacht. (Heiterkeit.) Die preussische Regierung ist ihnen die Antwort nicht schuldig geblieben. Trotz der formalen Besetzung, die der Erörterung der Frage entgegensteht, habe ich nicht Anstand, nachdem der Gegenstand einmal zur Sprache gebracht worden ist, meine Stellung dazu zu nehmen. Die Provinzen, in denen sich die polnische Bevölkerung befindet, sind unteilbare Bestandteile des preussischen Staates. (Beifall.) Die Rechte, die verfassungsmäßig jedem preussischen Staatsangehörigen zukommen, sollen auch den polnischen Staatsangehörigen nicht verweigert werden und sind auch nicht verweigert worden. Nichts wäre ungerechter als die Behauptung, daß der preussische Staat seinen Verpflichtungen gegenüber der polnischen Bevölkerung nicht nachgekommen wäre. Die außerordentliche Hebung des Kulturzustandes der in Frage kommenden Landestheile entbehrt mich jedes Beweises nach dieser Richtung. Nicht nur für die materielle Wohlfahrt, sondern auch für das Bildungsbedürfnis der polnischen Bevölkerung ist in ausgiebiger Weise Sorge getragen worden. Ich will nicht sagen, daß Preußen in letzterer Beziehung des Guten zu viel gethan. (Heiterkeit.) Vielleicht wären die polnischen Angriffe nicht so stark gewesen, wie sie gewesen sind, wenn nicht Preußen durch die Gründung der Schulen auch in kleineren Städten zur Erziehung und Bildung des polnischen Mittelstandes Gelegenheit gegeben hätte. (Sehr richtig!) Den Rechten und Wohlthaten des geordneten Staatswesens, welche die Polen als preussische Staatsbürger-Genossen haben und genießen, stehen auch Pflichten gegenüber. Wir können die Forderung nicht ablehnen, daß die Polen sich auch ganz und gar als preussische Staatsangehörige fühlen. (Sehr richtig!) Die Erscheinungen, die wir in früherer und neuerer Zeit zu beobachten Gelegenheit hatten, haben uns leider die Ueberzeugung aufgedrängt, daß dieses Ziel noch nicht erreicht ist. Im Gegenstand läßt sich nicht verkennen, daß eine Art nationaler Propaganda getrieben wird, welche in einem bewußten Gegensatz zum preussischen Staat steht. Dem mit allen zu Gebote stehenden Mitteln energisch entgegenzutreten, ist ein Gebot der Staatsweisheit, die in Wahrheit auch im Interesse der polnischen Bevölkerung liegt, indem man das Umlichtgreifen von Illusionen hindert, welche der Gewalt der Thatfachen gegenüber mit einer bitteren Enttäuschung enden müssen.

Abg. M u n d e l (fr. Bp.): Die Erklärungen des Ministerpräsidenten und des preussischen Ministers des Innern im Abgeordnetenhaus über den Proceß Ledert-Vögow haben nicht befriedigt. Ich meine, diese Frage muß auch hier zur Sprache kommen, denn die Verleumdungen richten sich gegen einen hohen Beamten des Reichs. Unserem Antrag dürften sich Schwierigkeiten kaum entgegenstellen, da eine Verständigung zwischen dem Reichskanzler und dem Ministerpräsidenten auf dem kürzesten Wege möglich ist. (Heiterkeit.) Die Erscheinungen, die im Proceß offenbar wurden, sind so wenig erfreulich, weil zwei Leute die Einrichtung der öffentlichen Presse und der politischen Polizei benutzt haben, um Verleumdungen gegen hohe Beamte zu richten, nur zu dem Zweck, um nachher verbreiten zu können, diese Verleumdungen seien vom Minister des Auswärtigen ausgegangen. Der eine ist der vom Ministerpräsidenten genugsam gekennzeichnete Herr v. Lützow, der trotz seiner Hoffähigkeit nicht vertrauenswürdig ist, der andere ist der Unterthan a. D. Ledert. (Heiterkeit.) Ledert muß Hinterwälder gehabt haben, nicht im Sinne des Gerichts, sondern solche im eigentlichen Sinne, deren bewußtes Werkzeug er gewesen. Seit Jahren sind Artikel des fraglichsten Inhalts erschienen. Herr von Lützow hat die Ermittlung der Thäter in die Hände der Thäter selbst gelegt. Das ist das sicherste Mittel ge-

wesen, sie nicht zu ermitteln. (Heiterkeit.) Einer so schlecht unterrichteten Polizei ziehe ich die Garnichtpolizei vor. Selbstame Gerüchte über die Vorgänge beim Rücktritt des vorigen Reichskanzlers sind verbreitet. Der Proceß hat auch ergeben, wie zwischen dem Kriegsminister Bronsart v. Scheffendorf und dem Minister des Innern Mühlhagen gestiftet worden. Nun hat man dem Minister des Auswärtigen vorgeworfen, daß er sich in die Öffentlichkeit gemischt habe, daß das Ausland sich darüber freue, daß man in Deutschland die schmutzige Wäsche vor aller Welt wäsche. Der Minister hat sich nicht in den Schatten der Öffentlichkeit gemischt, sondern in das helle Sonnenlicht, dessen Strahlen das Gezücht vertreiben. (Lebhafter Beifall.) Nun hat man gesagt, die offizielle Presse unembehelich. Ich glaube, daß sie bei gutem Willen doch entbehrt werden kann. Fürst Bismarck hat in die Diplomatie den neuen Modus eingeführt, deutlich und deutlich zu reden. Er hat es aber dankbar anerkannt, wenn ihm ein weißes Blatt Papier für seine Expectationen zur Verfügung gestellt wird. Viel Werth hat diese kleine Unwahrheit doch nicht, da man diese Producte doch sofort erkennt. Was die politische Polizei angeht, so gilt auch hier der Satz: Schlechte Beispiele verderben gute Sitten, und: Sage mir, mit wem Du umgehst und ich sage Dir, wer Du bist. (Heiterkeit.) Vielleicht ist Herr v. Lützow erst im Verlehr mit diesen Herren verbornden worden. (Große Heiterkeit.) Wenn dies Institut erhalten bleiben muß, dann bitte ich, Recht und Ordnung einzusetzen und es in den Rüg zu setzen, in den man wilde Thiere sperrt. (Ob! rechts.) Denn es ist eine gefährliche Einrichtung. Wenn der Reichskanzler glaubt, daß es sich hier um eine preussische Einrichtung handelt, die nicht hierher gehört, so fordere ich ihn auf, auf Grund des Artikels 10 der Bundesverfassung seine Beamten gegen Angriffe einer fremdstaatlichen Organisation zu schützen. (Große Heiterkeit.) Ich hoffe, daß der Herr Reichskanzler aus der Reserve heraustritt, deren sich der Ministerpräsident im preussischen Abgeordnetenhaus befeizigte, und wie seine Antwort auch ausfallen mag, ich werde ihm dafür dankbar sein. (Beifall und Heiterkeit.)

Reichskanzler Fürst zu H o h e n l o h e: Die Antragsteller wollen, daß der Reichstag den Reichskanzler ersuche, Maßregeln zu ergreifen, um gewisse Mißstände zu beseitigen, welche sich bei der politischen Polizei Preußens gezeigt haben. Zu einer solchen Einwirkung giebt die Reichsverfassung dem Reichskanzler keine Handhabe. Der Reichskanzler kann sich nicht einmischen in die Verwaltung der Einzelstaaten. Uebrigens stelle ich die formale Seite der Frage zurück, um mit einigen Worten auf die Sache selbst einzugehen. Ich bedauere nicht, daß die Angelegenheit, welche in weiten Kreisen große Erregung hervorgerufen hat, hier zur Sprache gebracht wird, denn ich bin der Meinung, daß das, was die Gemüther des deutschen Volkes bewegt, auch hier zur Sprache gebracht werden muß. (Lebhafter Beifall.) Meiner Ansicht nach nun ist die politische Polizei nicht entbehrlich. Die Staatsregierung würde nicht ihre Pflicht erfüllen, wenn sie nicht alle Maßregeln ergreife, um Schutz zu gewähren gegen verbrecherische Unternehmungen, welche gegen den Staat wie gegen die einzelnen Bürger begangen werden. Um diesen Schutz auszuüben, bedarf es der Organe, und diese Organe der Polizei bedürfen der Agenten. Nun muß ich zugeben, daß man bei der Auswahl dieser Agenten nicht immer glücklich gewesen ist. Der Herr Minister des Innern hat übrigens unmittelbar nach den Enthüllungen des Proceßes Maßregeln ergriffen, um Vorkommnisse, wie sie in dem Proceß klar gelegt worden sind, für immer unmöglich zu machen.

Staatssecretär des Auswärtigen Freiherr v. M a r s c h a l l: Herr Graf Limburg-Strum und seine Freunde haben im Abgeordnetenhaus mein Vorgehen in dieser Sache einer sehr scharfen Kritik unterzogen. Es würde gegen alle parlamentarische Höflichkeit verstoßen (Heiterkeit), wenn ich nicht die erste Gelegenheit ergreife, darauf zu antworten. Herr Graf Limburg hat gesehen, daß im Auswärtigen Amt ganz untergeordnete Subjecte verkehren. Richtig ist nur, daß ein Criminalcommissar den Versuch gemacht hat, das Auswärtige Amt mit diesen untergeordneten Subjecten in Verbindung zu bringen (hört, hört!) und zu compromittiren. Dieser lächerliche Plan ist aber an unserer Wachsamkeit und Vorsicht gescheitert. Die Herren Ledert und v. Lützow sind niemals bei uns empfangen worden. Herr Graf Limburg hält es durchaus unzulässig, daß ein Beamter des Ministeriums ohne bestimmte Weisung des Chefs Mittheilungen an die Herren von der Presse macht. Das ist nicht geschehen. Sodann hat der Herr Graf Limburg-Strum mit Erlaunen gesehen, daß einfach die Karte eines Chefredacteur eines hiesigen Blattes genügt hat, um einem Manne Zutritt zum Auswärtigen Amt zu verschaffen. Ob dieser Vorgang, wenn er richtig wäre, so bedeutend und wichtig ist, daß er es verdient, mit dem Ausdruck des Erlaunens in die parlamentarische Arena geschleudert zu werden (Heiterkeit), ist mir zweifelhaft (Sehr richtig!) Die Behauptung ist aber nur mit wesentlichen Modificationen zutreffend. Der Mann ist im Auswärtigen Amt erschienen, er hat nicht nur eine Karte, sondern einen Brief eines Chefredacteur's gehabt; er hat auch Zutritt verlangt, der Zutritt ist ihm aber nicht gewährt, sondern verweigert worden. (Heiterkeit.) Herr Graf Limburg-Strum verlangt, daß das Ministerium nicht mit Zeitungen in Verbindung trete, die den Verdacht erregen, daß sie intrigante Mittheilungen von einem Ministerium an das andere

bringen. Das ist sehr vorsichtig ausgedrückt, aber die Spitze ist doch klar erkennbar. Ich weiß nicht, wie man diese Behauptung aufstellen kann, nachdem durch die jüngsten Verhandlungen erwiesen ist, wer es war, der bei dem einen Ministerium gegen das andere intrigirt hat, daß ich es gewelen bin, der diese Intriguen durchkreuzte, und auch nicht ein Schimmer des Beweises für jene Behauptung erbracht ist. Der Abg. Graf Limburg hat damit andeuten wollen, daß es unrichtig sei, wenn das Auswärtige Amt solchen Blättern, die mitunter Artikel gegen Minister bringen, Mittheilungen zukommen lasse. In der Beziehung habe ich gar keinen Anlaß, irgend etwas zu bemerken. Ich habe öfters Informationen auch Blättern zukommen lassen, die in inneren Fragen der Regierung Opposition gemächt haben. Ich habe sogar in solchen Fällen Instructions an Blätter gegeben, die zur Zeit der Handelsverträge nicht auf Seiten der Regierung standen. (Heiterkeit.) Der Abgeordnete Graf Limburg hat gewisse Normativbestimmungen aufgestellt, wie ein Blatt beschaffen sein muß, damit es der Auszeichnung des Empfanges im Ministerium würdig ist; ein solches Blatt dürfe nicht auf Sensation, auch nicht auf Sensationsfang ausgehen. Das ist theoretisch ganz vorzüglich. Praktisch kann ich damit gar nichts anfangen. Für Informationen in der auswärtigen Politik kommt es darauf an, daß das Blatt im In- und Ausland gelesen und beachtet wird. (Sehr richtig!) Dazu werde ich mich niemals hergeben, aus diesen Informationen einen Handelsartikel zu machen. Ich werde sie nicht brauchen zur Belohnung für gute Artikel und werde sie nicht entziehen als Strafe für schlechte Artikel. (Lebhafter Beifall.)

Nach dem Strafrichter zu rufen, bin ich nicht geneigt. Aber hier war es das Gebot der öffentlichen Moral und Pflicht, der Selbstachtung, Mit Tadel und Verleumdung zu kämpfen, habe ich in der Jugend nicht gelernt. Den Einbruch eines ängstlichen Menschen habe ich wohl nicht gemocht! (Heiterkeit.) Damit habe ich eine preussische Tradition verlegt. (Stürmischer Beifall.) Zu vermeiden war der Proceß nicht (hört, hört!), weil die Beweise für die Schuld des Criminalcommissars von Lützow erst die öffentliche Gerichtsverhandlung liefern konnte. Die Einseitigkeit im Ministerium ist freilich gewahrt. Wie nothwendig die Öffentlichkeit war, hat die Thatfache gezeigt, daß trotz der unbedingten Öffentlichkeit der Graf Limburg irrige Behauptungen in die Öffentlichkeit gesprochen hat. Das zeigt, welche Verwirrung angerichtet worden ist. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Graf M i r b a c h (cons.) spricht vom Platze aus. Die ersten Worte seiner Rede gehen unter den von der Linken und dem Centrum erlösenden Ruf: auf die Tribüne verloren. Zu meinem großen Bedauern bin ich in Folge einer Fälligkeit von einer Hartbörrigkeit befallen, die mich zu den höchsten parlamentarischen Würden qualificirt. (Große Unruhe links und im Centrum.) Erneute Rufe: auf die Tribüne! Redner spricht weiter vom Platze aus. Ich muß auf das Entscheidende gegen eine derartige Verunglimpfung der politischen Polizei protestiren, wie sie der Abg. Wundel sich hat zu Schulden kommen lassen. Der Staatssecretär Freiherr von Marschall muß als preussischer Minister in erster Reihe von dem Wunsch befeelt sein, dahin zu wirken, daß die Beziehungen der conservativen Partei, einer ausschlaggebenden Partei in Preußen, zu der preussischen Regierung feste und enge bleiben. Seine Ausführungen gingen dahin, daß er sich gegen infame Verleumdungen schützen müsse. Aber das hat ein Ehrenmann wie er nicht nötig; es wäre genau so, als ob man einem von uns den Vorschlag machte, er stehle silberne Teller oder er betrüge. Dem Herrn von Marschall wird niemand in ganz Deutschland die Infamie zutrauen, daß er unter der Hand auf trummen Wegen, gegen seine Kollegen intrigirt. (Sehr richtig! rechts.) Ich habe niemals den Wunsch gehabt, dem Freiherrn von Marschall entgegenzutreten, und diesen Standpunkt nehmen auch heute noch meine politischen Freunde ein. Freiherr von Marschall ist aus unserer Partei hervorgegangen, wir schätzen ihn hoch und freuen uns, daß wir einen solchen Mann in unserer Reihen gehabt haben und wir werden nie unsere Hand zu Verleumdungen hingeben, aber bei dem Proceß Ledert-Vögow mußte man sich doch fragen: cui bono? Ich habe den Eindruck, daß die Enthüllungen gerade auf der Seite, die ich nicht für die stärkste Stütze des Staates ansehen kann, außerordentlichen Jubel hervorgerufen haben. (Sehr richtig! rechts.) Die Resultate dieser Verhandlungen sind einmal ganz zweifellos eine Verächtlichmachung der politischen Polizei, eine Herabsetzung dieses Instituts, dessen wir unmöglich entbehren können, und zweitens ist nach meiner Ueberzeugung die Autorität und das Ansehen des preussischen Staatsministeriums doch nicht gehoben, sondern weit eher in der öffentlichen Meinung geschwächt worden. (Sehr richtig! rechts.) Und das bedauere ich als Conservativer auf das Allerhöchste. Es ist ja bereits am 18. Januar im Abgeordnetenhaus seitens der conservativen Partei unser Standpunkt betont worden. Die dort ertheilte Antwort des Ministerpräsidenten hat uns nicht voll befriedigt. Ich bin dem Ministerpräsidenten dafür dankbar, daß er im Abgeordnetenhaus die Nothwendigkeit einer Continuität im Staatsministerium betont hat, aber nach außen hin ist das nicht mit voller Schärfe hervorgetreten, und ich stimme vollkommen mit meinen Freunden überein, wenn ich das hier zum Ausdruck bringe. Es wird weder den Ministerpräsidenten noch einen Minister oder Staatssecretär

Briefe vom Lande.

XXIX.

Den 5. Februar 1897.

Damit es in unserem lieben Vaterlande nicht langweilig wird, hat man wieder einmal eine kleine nationale Hege angesetzt; sie richtet sich diesmal besonders gegen die Polen, diese Argen, denen ihre slavischen und germanischen Nachbarn seit nunmehr fünfviertel Jahrhunderten so überaus übel mitgespielt haben. Das System Carnap hatte einen schmerzlichen Reinfall erlitten und deshalb mußte das nationale Ehrenschild des allezeit stolzen Germanenthums wieder gefäubert werden; diese Reinigungsarbeit geht jetzt vor sich, aber nicht etwa auf Kosten des sich selbst verurteilenden Systems der schneidigen Districtscommunare, sondern auf Kosten und auf dem breiten Rücken des geduldigen Polen. Glücklicher Weise wird dieser Naturlohn, der schon Starckes erduldet, auch die neueste Campaigne übersehen. Er wird allerdings, wenn der Tanz vorüber sein wird, „Vaterland seiniges“ wahrscheinlich noch weniger als jetzt lieben, und sehr weit reicht jetzt schon seine Neigung für uns Deutsche nicht.

Da wir in Schlesien außer echten und unechten Teutichen noch eine ganz erhebliche Anzahl Slaven, und zwar nicht bloß Polen, sondern auch noch Czechen und Wenden, beherbergen, so lohnt es sich vielleicht, den alten, jetzt aufgefrischten Nationalitätenstolz etwas näher zu betrachten.

Die im 13. und 14. Jahrhundert schnell fortschreitende Germanisation Schlesiens kam zum Stillstande, als sie bis zum Reifeufusse vorgedrungen war; im Wesentlichen ist also die alte Sprachgrenze zwischen dem Polnischen und dem Deutschen in Schlesien bis heute dieselbe geblieben, denn nur die Kreise Neiße und Grottkau nebst Theilen der Kreise Neumarkt und Falkenberg und einem sehr feiner deutschen Bezirk um Leobschütz herum sind deutsch, alles Uebrige ist polnisch. Eher ist in den letzten Jahrhunderten die Germanisation auf der rechten

Oberseite in Mittelschlesien etwas fortgeschritten, denn hier würde die alte Bezeichnung „die polnische Seite“ nicht mehr passen. Zur Zeit der Gegenreformation ging sogar das junge Deutschthum zurück gegenüber dem Polenthum, das der Gegenreform wenig widerstrebte. War doch stellenweise die Auswanderung Deutscher wegen der Unduldsamkeit des katholischen Clerus so stark, daß beispielsweise von den 699 Häusern des Städtchens Gnhrau einmal 587 leer standen.

Die nationalen und confessionellen Gegensätze in der schlesischen Bevölkerung gewannen erhöhte Bedeutung, als Schlesien ein Theil eines vormiegend protestantischen Königreiches wurde unter Friedrich II. Schon unter diesem Könige machte man in Germanisation, natürlich ohne Erfolg; wie hätte, ramentlich auf dem Gebiete des Schulwesens, ein Mann wie Friedrich II. mit seinen Unteroffizieren etwas Nützliches leisten können! Auch mit seiner Colonisation Schlesiens schritt dieser König nicht gut ab. Dabei kam es ihm übrigens weniger auf Germanisation als, entsprechend den damaligen wirtschaftlichen und finanzpolitischen Ansichten, auf die Veripherierung der durch die Kriege hart mitgenommenen Provinz an. Die Colonien — in den Jahren 1775—1777 legte er allein 200 neue Dörfer an — gediehen nicht, und sehr viele wurden gefährdete Holz- und Wilddiebsteher. Die königliche Declaration von 1773 allerdings hat auch die Germanisation im Auge; in dieser wurden die großen Grundherren zur Anlage neuer Dörfer angeregt, natürlich mußte ihnen dabei Staatshilfe versprochen werden. Der Erfolg dieser Dorfergründungen war meist der, daß die neuen deutschen Gemeinden schnell der Polonisation verfielen; zum Theil wurden, entgegen den Bestimmungen der Declaration, von vornherein polnische Colonisten angezogen, die natürlich viel lieber als die Deutschen ihre Nationalität wahrten. Wie sehr die Slaven ihre Sprache bewahrt haben, zeigten am besten die czechischen Hussiten die Friedrich in den Jahren von 1742 bis 1764 in den Kreisen Strehlen, Tartsberg und Breslau an-

setzte. Dort spricht man noch heute fast nur czechisch, und die Czechen nehmen besonders bei Strehlen mehr an Zahl zu als die sie eng umgebenden Deutschen. Demgegenüber haben es die Deutschen verstanden, die ober-schlesischen Städte zu germanisiren; nur noch wenige, außer Königshütte, ganz kleine Städtchen Oberschlesiens (Nicolai, Guttentag, Woißschwig, Georgenberg, Kieferstädtl) sind vorwiegend polnisch. 1858 gab es noch 15 polnische Städte.

Die Czechen sitzen in Schlesien außer in den bereits genannten Gegenden am dichtesten und festesten in den Kreisen Ratibor, wo das Städtchen Gultschin zu 3/4 czechisch spricht, Leobschütz und im Westende der Grafschaft Glog.

Als dritte fremde Nation haben wir eine ganze Anzahl Sorben oder Wenden in den Kreisen Rothenburg und Hoyerswerda. Statistisch stellen sich die Zahlen der in Schlesien wohnenden Nationen so dar: neben 3 130 000 Deutschen wohnen 1 000 000 Polen, 70 000 Czechen, 27 000 Wenden (1890). Mit dieser Gemischnheit der Nationen in Schlesien hängt wenigstens zum Theil die geringe Achtung zusammen, die Schlesiern bei Mittel-, Süd- und Westdeutschen hat. Es berührt den Schlesier eigenthümlich, wenn er am Rhein von Schlesiern als einer noch vorwiegend polnischen Provinz, von Breslau als von einer fast 50,000 Einwohner umfassenden und halb polnischen Stadt reden hört, in der man zur Noth etwas Warmes zu essen bekommt. Wenn ein Beamter aus Westdeutschland nach Schlesien versetzt wird, so geht es ihm meist noch immer so, wie dem 1811 nach der Breslauer Universitätsberufenen Professor Steffens, dem Schlesiern kaum ein lebendiges Glied des Deutschen Reiches zu sein schien. Die bekannte Schilderung Breslaus, die zur Zeit des 1895 er Parteitag eines französischer Correspondent seinem Pariser Blatte schickte, und die uns vorkam, als hätte der Correspondent eine halbasiatische Stadt vor Augen gehabt, war für den sehr erklärlich, der weiß, wie tief Schlesien und Breslau in den Augen mancher Deutschen selbst steht. Und übrigens

